

Sitzungen des Stadtrates am 6. und 13. September 2010

Bei den Stadtratssitzungen am 6.09.2010 und am 13.09.2010 handelte es sich nicht um regulär geplante Sitzungen. Beide Sitzungen waren den schlimmen Ereignissen bei der Loveparade am 24. Juli in unserer Stadt geschuldet.

Die erste Sitzung des Rates nach der Tragödie fand **auf Antrag der FDP-Fraktion** statt. Diese hatte bereits, als erste und einzige Fraktion, am 3. August, also schon 10 Tage nach der Loveparade, eine Sondersitzung des Stadtrates beantragt. Als Beratungsgegenstand hatte die Fraktion „Organisation, Durchführung und Folgen der Loveparade am 24. Juli 2010“ angegeben.

Als Sitzungstermin war im FDP-Antrag eigentlich der 30. August erbeten worden, da dies der erste Tag nach den Sommerferien war (die Chance, den gesamten Stadtrat noch innerhalb der Ferien einberufen zu können, war unrealistisch und hätte hohe Kosten zur Folge gehabt). Allerdings erbaten sich die anderen Fraktionen, vor einer Ratssitzung zunächst eine Fraktionssitzung durchführen zu wollen und diese Fraktionssitzungen waren frühestens am Mittwoch, dem 1. September möglich. Daraus ergab sich der 6. September als erstmöglicher Sitzungstag für den Rat, da Ratssitzungen in Duisburg traditionell immer an einem Montag stattfinden.

Intension der Sondersitzung war also, dass der Stadtrat nach dem tragischen Unglück allemal schnellstmöglich zusammentreten sollte, um über die Geschehnisse zu debattieren und Informationen (außerhalb der Medien) zu bekommen. Zu dieser Sitzung formulierte die FDP-Fraktion einen Fragenkatalog mit insgesamt 47 Einzelfragen zur Planung und zum Ablauf der tragischen Veranstaltung. Die Fragen an die Verwaltung, bzw. an den Oberbürgermeister, ergaben sich aus den bereits bekannten Geschehnissen und auch aus Dokumenten, die inzwischen in der Öffentlichkeit aufgetaucht waren. Bis einen Tag vor Sitzungsbeginn war der Fragenkatalog der FDP der einzige Tagesordnungspunkt, der sich mit der Aufarbeitung der Tragödie beschäftigte. Erst kurzfristig stellten auch die Linken, die DWG und die CDU noch einige wenige Fragen (in schriftlicher Form).

Die SPD hatte zur Sitzung eine Resolution verfasst, in der der Stadtrat den Angehörigen seine Anteilnahme aussprach, bedauerte, dass Menschen in Duisburg zu Tode gekommen waren und sich entschuldigte, für das Leid, dass Besucher in unserer Stadt erfahren haben. Desweiteren artikulierte die Resolution Dank an alle Helfer und letztendlich die Aufforderung an den Oberbürgermeister, die politische Verantwortung zu übernehmen und noch bevor es zu einem Abwahantrag durch den Rat kommt, selbst vom Amt zurück zu treten.

Als Tagesordnungspunkt 1 stand ein **Einwohnerantrag gemäß §25 der Gemeindeordnung** NRW auf der Tagesordnung. Die Antragsteller hatten ca. 10.000 Unterschriften gesammelt und wollten den Stadtrat somit dazu bewegen, sich mit der Abwahl des Oberbürgermeisters und der Dezernenten Rabe und Dressler zu beschäftigen. Allerdings lässt die Gemeindeordnung es nicht zu, dass ein Einwohnerantrag sich mit diesem Thema befasst, demnach sollte der Rat sich auch nicht inhaltlich damit beschäftigen, sondern lediglich feststellen, dass dieser Einwohnerantrag nicht zulässig sei. Dies bedeutete dann jedoch auch, dass die Antragsteller kein Rederecht in dieser Ratssitzung hatten.

Dementsprechend stellte die Fraktion der Linken den Antrag, den Antragstellern, entgegen der Vorschriften in der Gemeindeordnung, ein Rederecht einzuräumen. Dagegen wehrte sich pflichtgemäß die Leiterin des Rechtsamtes, so dass es schon vor Eintritt in die Tagesordnung zu heftigen Diskussionen kam. Mit den Stimmen von SPD, Linken, Grünen und der FDP wurde schließlich beschlossen, dass die Ratssitzung bei diesem Tagesordnungspunkt unterbrochen werden solle und die Antragsteller dann in dieser (künstlich inszenierten) Sitzungspause reden dürfen.

Außerdem beantragte die SPD-Fraktion, dass ihre Resolution bereits als Beratungspunkt 2 auf die Tagesordnung kommen solle. Dem stimmten SPD, Linke und FDP mehrheitlich zu.

Bevor der Oberbürgermeister die Sitzung eröffnete, **sprach zunächst ein Angehöriger**, einer bei der Loveparade zu Tode gekommenen jungen Frau zu den Ratsmitgliedern. Die Angehörigen hatten sich zuvor in einem Duisburger Hotel getroffen und eine Resolution formuliert, die der Sprecher der Anverwandten nun vortrug und OB Sauerland überreichte. Auch in dieser Resolution wurde dieser zum Rücktritt aufgefordert. Kommentar- und regungslos nahm der OB den Brief der Angehörigen entgegen und eröffnete die Sitzung.

Die Diskussionen zur Tagesordnung setzten sich aber unvermindert fort. Die **Aufstellung eines Bebauungsplanes (in Laar)** stand unverständlicherweise als Top 3 auf der Tagesordnung. Mehrere Fraktionen forderten, diesen Punkt in der heutigen Sitzung nicht zu beraten. Der OB erläuterte, dass es sich um einen Dringlichkeitsbeschluss handelte, der laut Gemeindeordnung dem Stadtrat in seiner nächstfolgenden Sitzung vorgelegt werden müsse und diese Sitzung nun die nächstfolgende sei. Der Punkt wurde zwar auf der Tagesordnung belassen, da sich inzwischen aber herausgestellt hatte, dass einige Fraktionen auch inhaltlich zu einem anderen Ergebnis gekommen waren, wurde die Aufstellung dieses Bebauungsplanes später mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU, Linken und FDP abgelehnt.

Nachdem die Tagesordnung letztendlich beschlossen war, wurde die Sitzung zum ersten Tagesordnungspunkt unterbrochen, damit die **Antragsteller des Einwohnerantrages sprechen konnten**. Überraschend war, dass kaum ein Ratsmitglied und kaum jemand der zahlreichen Verwaltungsmitarbeiter in dieser 15minütigen künstlich erzeugten Pause den Ratssaal verlies, obwohl die CDU-Fraktion und die Verwaltung den Bürgern ja zunächst kein Rederecht einräumen wollte. Herr Hüsken, als Sprecher der Antragsteller nutzte die Gelegenheit und erläuterte den Anwesenden seine Forderungen, bat den Rat, den Weg für eine Abwahl und Neuwahlen des OB frei zu machen und forderte den Oberbürgermeister, im Namen der ca. 10.000 Unterzeichner zum sofortigen Rücktritt auf. Zum Schluss seiner Ausführungen zog er seinen gestellten Antrag jedoch zurück, da er wohl zur Kenntnis genommen hatte, dass das von ihm geforderte Thema der Abwahl des Oberbürgermeisters bereits auf der Tagesordnung der folgenden Ratssitzung stand, seine Forderung also bereits weitgehend erfüllt war. Dementsprechend hätte der Rat nur noch formal feststellen müssen, dass der Bürgerantrag laut Gemeindeordnung nicht zulässig war, dieses wollten SPD und Linke jedoch nicht und beantragten, diese Entscheidung auf die kommende Sitzung zu verschieben. Da es ungewöhnlich viele Stimmenthaltungen gab, setzte sich diese Forderung von SPD und Linken durch.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt, der Resolution der SPD, nutzen **alle Fraktionen die Gelegenheit zu grundsätzlichen Stellungnahmen**. Die komplette Stellungnahme des FDP-Fraktionsvorsitzenden, Wilhelm Bies, hatten wir Ihnen bereits vorab zugeschickt.

Jürgen C. Brandt von der SPD sprach von vielen offensichtlichen Fehlern, die in der Verwaltung passiert sind, erklärte, dass es sich bei der Aufforderung an den Oberbürgermeister zurückzutreten, nicht um eine Schuldzuweisung handelt und wiederholte die Forderung nach sofortigem Rücktritt an den OB. Hermann Dierkes von den Linken forderte, dass auch die Dezernenten Rabe und Dressler zur Verantwortung gezogen werden sollten. Prof. Dieter Kantel von den Grünen bekräftigte, dass auch er, wie der gesamte Rat, der Loveparade zugestimmt hätte. Er erklärte weiterhin, dass er in seiner politischen Laufbahn noch keine so detaillierte und transparente Aufklärungsarbeit gesehen hätte, wie die Ausarbeitung der Rechtsanwaltskanzlei, die die Stadtverwaltung hier zu ihrer Entlastung vorlegte. Er erläuterte weiter, dass die Grünen Schwierigkeiten mit der Resolution hätten und er den Abschnitt, in dem der OB zum Rücktritt aufgefordert wird, lieber weglassen wolle. Petra Vogt von der CDU begrüßte ebenfalls die bisher geleistete Aufklärungsarbeit des Oberbürgermeisters und erklärte, dass es bisher keine Erkenntnisse gäbe, wonach die Verwaltung Fehler gemacht habe. Im Gegensatz zum Fraktionsvorsitzenden der Grünen stellte Ratsfrau Claudia Leiß von den Grünen in einer persönlichen, unter Tränen vorgetragenen Stellungnahme fest, dass sie sich schäme und die Rücktrittsaufforderung an den OB vermutlich der richtige Weg sei, mit der Katastrophe umzugehen. Die Spaltung der grünen Ratsfraktion wurde in diesem Moment sehr offensichtlich.

Die Resolution selbst wurde dann auf Antrag von CDU und Grünen in drei Teilen abgestimmt. Dem ersten Teil, in dem den Opfern gedacht und den Rettern gedankt wird, stimmten alle Fraktionen einstimmig zu. Dem zweiten Teil, in dem das Potenzial der Stadt, trotz Katastrophe, hervorgehoben wird und in dem die Formulierung „Duisburg braucht einen neuen Start“ hervorgehoben wird, wurde wiederum von allen Fraktionen beschlossen, jedoch nicht von Ratsherr Knut Happel (BU2004). Dem dritten Teil, in dem der Oberbürgermeister zum Rücktritt aufgefordert wird, wurde mehrheitlich von SPD, Linken und der FDP-Fraktion beschlossen. Die CDU-Fraktion, Ratsherr Happel und die beiden Grünen Prof. Dieter Kantel und Doris Janicki stimmten dagegen, die drei anderen Ratsvertreter der Grünen enthielten sich genauso der Stimme, wie die Mitglieder der DWG-Fraktion (DuisburgerWählerGemeinschaften, bestehend aus JuDu, SGU und Dal).

In Tagesordnungspunkt 3 wurde einstimmig beschlossen, dass die Stadt Duisburg sich mit **500.000 Euro an den Soforthilfemaßnahmen** „für in finanzielle Not geratene Betroffene der Ereignisse der Loveparade“ beteiligt, natürlich vorbehaltlich der Zustimmung der Finanzaufsichtsbehörde.

Zur Beantwortung der Fragen der FDP-Fraktion unter Top 4 hatte der Oberbürgermeister von einer Düsseldorfer Rechtsanwaltskanzlei eine vorläufige 360seitige und eine endgültige, nahezu 800seitige Stellungnahme erarbeiten lassen. Die Papier-Pakete wurden den Ratsmitgliedern wenige Tage vor Sitzungsbeginn zugestellt, eine Tabelle, in der die Einzelfragen der FDP (und der anderen Fraktionen) den Dokumenten Seitenweise und im Detail zugeordnet wurden, wurde den einzelnen Fraktionen 20 Minuten vor Sitzungsbeginn überreicht. Somit war es kaum möglich zu prüfen, ob alle Fragen beantwortet wurden und/oder ob sich Nachfragen ergaben. Und während es bei den Antragstellern des Einwohnerantrags noch Diskussionen über deren Rederecht gab, wurde nun der federführenden Rechtsanwältin zur Beantwortung der (an den OB gerichteten) Fragen sofort das Wort erteilt. Rechtsanwältin Frau Dr. Jaspers nutze ihr Rederecht, um im scharfen Ton von den anwesenden Ratsmitgliedern mehr Respekt einzufordern. Sie verwahrte sich gegen Begriffe wie „Gefälligkeitsgutachten“ oder „Auftragsgutachten“.

FDP-Ratsherr Frank Albrecht gelang es trotz der aufgeheizten Atmosphäre und der verspäteten Zustellung der Antwort-Unterlagen, einige Detail-Fragen an die Verwaltungsspitze und die Rechtsanwältin zu stellen, die alle nur äußerst unbefriedigend und ausweichend beantwortet wurden.

Ratssitzung am 13. September 2010

Die Sondersitzung des Stadtrates am 13. September war zustande gekommen, weil eine Mehrheit der Ratsmitglieder, bestehend aus den Ratsmitgliedern der SPD, der FDP und der Fraktion der Linken, das Abwahlverfahren des Oberbürgermeisters nach § 66 der Gemeindeordnung NRW beantragt hatten. Dies bedeutet, dass ein öffentlicher Abwahltermin, (ähnlich einem Wahlsonntag) beschlossen wird, in dem die Bürger in einer geheimen Wahl den Oberbürgermeister, entweder im Amt belassen oder aber abwählen. Da der Oberbürgermeister von den Bürgern gewählt wurde, können auch nur die Bürger über deren Abwahl entscheiden, der Rat muss jedoch beschließen, dass solch ein „Abwahl-Sonntag“ stattfindet. Dazu ist allerdings in der Gemeindeordnung die große **Hürde einer 2/3-Mehrheit des Stadtrates** vorgesehen. Beim 74köpfigen Stadtrat würde dies eine Mehrheit von mindestens 50 Stimmen bedeuten. Dass diese hohe Anzahl der Stimmen nicht zu erreichen sein würde, war allen Beteiligten bereits vor der Sitzung am 13. September klar, denn die 25köpfige CDU-Fraktion hatte sich ja bereits in der vorherigen Sitzung geschlossen vor ihren Oberbürgermeister gestellt. Dazu hatten sich noch 2 Mitglieder der DWG, Ratsherr Happel und die Grünen Doris Janicki und Prof. Dieter Kantel gegen einen Abwahantrag ausgesprochen.

Die Sitzung wurde vom ersten Bürgermeister Benno Lensdorf (CDU) geleitet, da der Oberbürgermeister nach Gemeindeordnung als befangen gilt und bei dieser Sitzung nicht anwesend sein durfte. Bürgermeister Lensdorf leitete diese Sitzung, trotz angespannter, aufgewühlter Atmosphäre und äußerst großem medialen Interesse, sehr ruhig und sachlich. Eine Aussprache ist laut Gemeindeordnung nicht zugelassen, die Abstimmung erfolgt laut Gemeindeordnung namentlich und öffentlich. Demnach rief Bürgermeister Lensdorf die einzelnen Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf, diese sagten dann nur „Ja“, bei Zustimmung zum gestellten Abwahantrag oder „Nein“, wenn sie diesen ablehnen wollten.

Der ganze Vorgang dauerte, inklusive der üblichen Formalitäten der Sitzungseröffnung, **knapp 30 Minuten**, dann stand fest, dass alle Ratsmitglieder so abgestimmt hatten, wie es vorher zu erwarten war. Alle CDU-Ratsmitglieder, sowie 2 Mitglieder der DWG-Fraktion und Ratsherr Happel (BU2004) hatten mit „Nein“ gestimmt, alle Anwesenden der SPD-Fraktion, der Fraktion der Linken und die beiden anwesenden Ratsmitglieder der FDP-Fraktion hatten mit „Ja“ gestimmt. Die Fraktion der Grünen war nur zur Hälfte erschienen, die drei Verbliebenen (Arslan, Leißle und Rich) stimmten ebenfalls mit „Ja“. Somit hatten lediglich 41 Ratsmitglieder dem Antrag zur Durchführung einer Abwahl des OB durch die Bürger zugestimmt und 28 Ratsmitglieder dies abgelehnt. Obwohl es sich bei dieser Abstimmung um eine beeindruckende Mehrheit handelt (knapp 60% des Stadtrates stimmten gegen den amtierenden OB), genügte diese Mehrheit laut Gemeindeordnung nicht. Ohne jede weitere Stellungnahmen (die auch nicht zulässig gewesen wären), beendete Bürgermeister Lensdorf diese Sondersitzung. Im Resultat bedeutet das Abstimmungsergebnis, dass Adolf Sauerland weiterhin Duisburger Oberbürgermeister bleibt und es laut Gemeindeordnung auch keine weiteren Möglichkeiten mehr gibt, ihn aus dem Amt zu wählen, weder vom Rat der Stadt, noch von den Bürgern. Wenn er selbst keine Konsequenzen zieht, wird er bis zur nächsten regulären Neuwahl des Oberbürgermeisters 2015 im Amt verbleiben, also sogar noch ein Jahr länger, als der amtierende Stadtrat.